

203/18

Kritzmann weiss aber auch , warum die Bourgeoisie dieses bemerkenswerte System nach Kriegsende wieder aufgegeben habe. Die "Naturalisierung aller Wirtschaftlichen Verhältnisse" habe nämlich eine grosse Gefahr für die Kapitalisten selbst enthalten". Sie enthüllt den den gesellschaftlichen Charakter der Produktion, zerreisst den täuschenden Schleier der Geld- und Kreditverhältnisse (eine naive Vorstellung!) und stellt die kleine Clique der Kapitalmagnaten scharf dem grandiosen Mechanismus der gesellschaftlichen Produktion gegenüber.. Sie enthüllt damit ~~erst~~ (damit erst) die wirkliche Diktatur des Kapitals. Infolge dieser gefährlichen Seite der "kapitalistischen regulierten ~~Wirtschaft~~ Naturalwirtschaft" habe dann die Bourgeoisie diese sobald wie möglich wieder aufgegeben- und sich von neuem hinter dem schützenden Schleier des Geld- und Kreditfetisches verkrochen, und eben deshalb suchten dann die Bourgeoisie-theoretiker diesen "naturalwirtschaftlichen Staatskapitalismus" nachher als blosser "Kriegswirtschaft" ~~hinzuzufügen~~ verächtlich zu machen. Dies sei eine bewusste Verschleierung. In Wirklichkeit habe dieser "Staatskapitalismus" bereits im Keime die sozialistische Gesellschaft dargestellt- wenn auch nur unter der politischen Herrschaft der Bourgeoisie (Kritzmann Die herkömmliche Periode der grossen russischen Revolution "Moskau 1926 (russisch) S. 72 ff)

Während nun nach Meinung Lenins die "Regulierung des Wirtschaftslebens" in den Ländern des "monopolistischen Staatskapitalismus" bereits fertig vorgebildet war, so das man dort nur die "bürokratisch-reaktionäre Kontrolle" seitens des bürgerlichen Staatsapparates zu ersetzen brauchte durch eine "revolutionäre demokratische Kontrolle" durch das Proletariat, um die fertige sozialistische Gesellschaft in der Hand zu haben, war es immer nach Lenin in Russland noch nicht soweit. Hier galt es erst jene organisatorische Form der Produktionsregulierung aufzubauen, welche in anderen Ländern bereits die Kapitalisten fertiggestellt hatten. " Wir nehmen uns den deutschen Staatskapitalismus zum Muster"- sagte Lenin im April 1918- er ist uns weit überlegen.. Die Sicherung eines solchen Staatskapitalismus hier bei uns, in Sowjetrussland wäre unsere Rettung". Was heisst das? Das heisst: die Bolschewiki stellten sich bei der Macht erobung keineswegs die Aufgabe, aus der kapitalistischen Produktionsweise in die sozialistische überzugehen, sondern sie stellen sich die Aufgabe, Russland auf das ökonomische Entwicklungsniveau und auf diejenige Organisationsform des Kapitalismus zu bringen, welche nach Meinung der Bolschewiki in den westlichen kapitalistischen Ländern bereits existierte. Was die ökonomische Form der Produktion betrifft, so existiert kein Unterschied zwischen dem "Staatskapitalismus", wie ihn Lenin für Russland wollte, und jenem "Staatskapitalismus", wie er seiner Meinung nach und dem entwickelten Kapitalistischen Ländern bereits existierte. Diese kapitalistische Organisation wurde von den Bolschewiki betrachtet nicht als eine gesellschaftliche Entwicklungsstufe, über welche sie -die Bolschewiki in ihrer Revolution hinausgehen müssten, sondern als das "weit überlegene Vorbild", das sie erst erreichen sollten. M.a. Worten - objektiv gesehen stellten sich die Bolschewiki in der Oktoberrevolution keine andere Aufgabe, als die Entwicklung des Kapitalismus in Russland zu beschleunigen. Wenn Lenin sagte: Dieser Staatskapitalismus, den wir herstellen wollen, ist noch keine sozialistische Produktion, aber er ist der nächste Schritt dazu- so beruhte dieses Urteil teils auf Illusionen, welche er selbst wie die übrigen bolschewistische Theoretiker über den Charakter jenes angeblichen westeuropäischen und amerikanischen Staatskapitalismus hatten und insofern ist diese Auffassung Lenins selbst eine Illusion gewesen; teils aber sprach Lenin damit nur die ohne hin bekannte Tatsache aus, dass die volle Entwicklung des Kapitalismus die notwendige und unumgängliche Vorstufe für die Proletarische Revolution und den Uebergang zur sozialistischen Gesellschaft ist. Auf eine einfache Formel gebracht das Revolutionsprogramm der Bolschewiki also: Wir können bei der ökonomischen Rückständigkeit Russlands hier nicht die proletarische, sozialistische Revolution durchführen; aber wir werden einen Kapitalismus aufbauen, von dem aus später der Uebergang zur Proletarischen

Revolution gemacht werden kann-und das heisst eben:Wir, die Bolschewiki über-nehmen es, in Russland die objektiven historischen Aufgaben der Bourgeoisie durchzuführen.

Wir haben schon früher erwähnt, dass die Bolschewiki zunächst auch keine Expropriation der Bourgeoisie durchführen wollten. Die Kapitalisten sollten weiter die Betriebe leiten und ihren Anteil am Mehrwert haben-aber unter "Kontrolle der rev. demokratischen Diktatur des Volkes". Nur die Banken und das Transportwesen sollten in Staatshand übergehen. Hier sollte nun der entscheidende Unterschied liegen des Staatskapitalismus, wie ihn die Bolschewiki schaffen wollten von jenem wie er angeblich in den kapitalistischen Ländern bereits existierte: in der Form der Kontrolle nämlich diese Kontrolle, in jenen Ländern "reaktionär-brokratisch" ausgeübt, sollte in Russland durchgeführt werden, auf "revolutionär-demokratische" Weise durch das "bewaffnete Volk". Die Organe dieser "Kontrolle" sollten bekanntlich jene revolutionäre Massenorgane sein, welche sich gleich nach Beginn der Februarrevolution gebildet hatten: durch die Sowjets als die allgemeine Form der Staatsorganisation überhaupt und die "Komites der Arbeiterkontrolle", die rev. Betriebsräte. Voraussetzung für die Durchführung der "demokratischen Massenkontrolle" war also dass in diesen Organen ein Höchstmass von Demokratie durchgeführt werden konnte. Und der Vorzug der Sowjets gegenüber der parlamentarischen Demokratie sollte ja nach Lenin gerade im folgenden bestehen: Die bürgerliche parlamentarische Demokratie trennt die beratenden und gesetzgebenden Funktionen von den Ausführenden. Die Beratung und Beschliessung von Gesetzen liegt in der Hand des Parlaments. Ihre Ausführung aber in den Händen einer berufsmässigen Bürokratie, deren Kontrolle selbst auch nur durch das Parlament-von einer Kontrolle durch die Massen ganz zu schweigen, die naturgemäss in der kapitalistischen Demokratie unmöglich ist-ist entweder sehr beschränkt oder ganz unmöglich. Die Sowjets dagegen sollten beraten und durchführen die Gesetze usw. in ihrer Hand vereinigen und damit jede Bürokratie, d.h. jedes besondere Berufsbeamtentum-von vorn herein überflüssig machen. Sieht man sich nun diese Konstruktion des Staatskapitalismus unter revolutionär-demokratische Kontrolle an, so springt ohne weiteres ins Auge: Die ganze Auffassung Lenins vom Aufbau des Staatskapitalismus einmal unbesehen hingenommen, so hinkt dessen ganze weitere Entwicklung, d.h. also das ganze Schicksal der Oktoberrevolution davon ab, ob es gelingen konnte diese "revolutionäre demokratische Kontrolle der Massen" über die Produktion durchzuführen, wenn dies dagegen nicht gelang so reduzierte sich die ganze Rolle der Bolschewiki darauf, der Wegbereiter der Bourgeoisie in Russland zu sein-denn dann fiel ja jeder Unterschied fort, der den neuen russischen Staatskapitalismus über den ihn ökonomisch "weit überlegenen" deutschen Kapitalismus erhob und übrig blieb nur noch eine staatskapitalistische Organisation, die gegenüber dem deutschen oder amerikanischen Kapitalismus sich nur durch ihren tieferen Entwicklungsgrad unterschied andererseits aber setzte eine solche "demokratische Kontrolle" schon ein entwickeltes Proletariat voraus, das imstande gewesen wäre, die Produktion selber in die Hand zu nehmen, also die ganze Vorbereitungsphase des Staatskapitalismus überflüssig machte. Hier klafft also in der theoretischen Konstruktion der Bolschewiki ein fundamentaler Widerspruch. Sehen wir zu, wie dieser Widerspruch in der wirklichen Entwicklung gelöst wurde.

Einige Wochen nach der Oktoberrevolution wurde zunächst die "Arbeiterkontrolle" der revolutionären Betriebsräte durch Dekret vom 14. November 17. ausdrücklich legalisiert und als die Form anerkannt, in welcher das Proletariat die Produktion überwachen sollte. Im Dekret hiess es: Zwecks planmässiger Regulierung der Volkswirtschaft in allen gewerblichen... Unternehmungen .. wird die Arbeiterkontrolle über Produktion, Kauf und Verkauf von Erzeugnissen und Rohmaterialien, über ihre Aufbewahrung so wie über die finanzielle Seite des Unternehmens eingeführt. "2(A.K. wird ausgeübt von allen Arbeitern des betreffenden Unternehmens durch ihre gewählten Organe, wie Betriebsräte usw....". Durch das gleiche Dekret wurde eine Zentraleitung der Arbeiterkontrolle-Ausschüsse für Russland geschaffen

Einige Wochen nach der Oktoberrevolution wurde zunächst die "Arbeiterkontrolle" der revolutionären Betriebsräte durch Dekret vom 14. November 17 ausdrücklich legalisiert und als die Form anerkannt, in welcher das Proletariat die Produktion überwachen sollte. Im Dekret hiess es: "Zwecks planmässiger Regulierung der Volkswirtschaft in allen gewerblichen...Unternehmungen... wird die Arbeiterkontrolle über Produktion, Kauf und Verkauf von Erzeugnissen und Rohmaterialien über ihre Aufbewahrung sowie über die finanzielle Seite des Unternehmens eingeführt. 2) Die A=K= wird ausgeübt von allen Arbeitern des betreffenden Unternehmens durch ihre gewählten Organe, wie Betriebsräte usw...". Durch das gleiche Dekret wurde eine Zentraleitung der Arbeiterkontroll- Ausschüsse für ganz Russland geschaffen.

Hier schien also in der Tat das Programm der Oktoberrevolution verwirklicht: die Kontrolle der Produktion sollte ausgeübt werden durch die Arbeiter selbst bzw. durch Organe, die von ihnen gewählt und ihnen verantwortlich waren. Nun hatten diese revolutionären Betriebsräte in der Zeit zwischen der Februar- und der Oktoberrevolution in ausgesprochenem Gegensatz zu den Gewerkschaften gestanden. Diese von den Menschewiki während 1917 nach dem Prinzip von Berufs-(nicht Industrie-) verbänden organisierten Gewerkschaften verlangten, dass die Betriebsräte in ihnen aufgehen sollten; die Betriebsräte dagegen waren ausgesprochen antizentralistisch gerichtet, sie lehnten jede Unterwerfung unter die zentralistisch aufgebauten Gewerkschaften ab und in ihrem Widerstand waren sie von den Bolschewiki unterstützt worden. In Petersburg z.B. gehörte nur ein Drittel der Betriebsräte den Gewerkschaften an.

Gleich nach der Machteroberung aber begannen die Bolschewiki selbst mit der Bildung höchst zentralisierter Gewerkschaften und fassten zugleich deren Verstaatlichung, d.h. ihre Umwandlung in Staatsbehörden ins Auge (I. Gewerkschaftskongress Januar 1918) Und nun begannen sie auch sofort, die Betriebsräte ihnen zentralistischen Gewerkschaften zu unterwerfen, die ihrerseits nach dem Prinzip der Industrieverbände aufgebaut werden sollten. Nach längeren Verhandlungen mit den Betriebsräten, die zunächst ihre Selbständigkeit gegenüber den Bolschewiki ebenso zu wahren suchten wie vorher den Menschewiki, beschloss der I. Gewerkschaftskongress (auf dem die Bolschewiki die Mehrheit hatten) die Einordnung der Betriebsräte in die Gewerkschaften als deren unterste Organisation im Betriebe. Es dauerte allerdings ziemlich lange, bis sich dies Prinzip gegenüber dem immer noch anhaltenden Widerstand der Betriebsräte durchsetzen konnte. Zur endgültigen Beseitigung ihrer Selbständigkeit trug im weiteren vor allem die Tatsache bei, dass nun bald alle Geldmittel in Hand der Zentralvorstände konzentriert wurden; alle selbständigen-"gesperrten"-Sonderkassen in den Betrieben (Streik-, Unterstützungskassen etc) wurden ausdrücklich verboten. Damit wurde natürlich die Betriebsräte abhängig.

In derselben Richtung wirkte die faktische Einführung der zwangsweisen Mitgliedschaft bei den Gewerkschaften. Der Beitritt erfolgte in der Weise, dass in Betriebsversammlungen von der Parteizelle der Bolschewiki der Antrag auf Eintritt gestellt wurde. Die Abstimmung erfolgte offen durch Handaufheben, war so einmal der Betrieb als Ganzes der Gewerkschaft beigetreten, so wurden die neu hinzutretenden Arbeiter garnicht mehr gefragt; sobald sie im Betriebe arbeiteten, waren sie ~~so~~ Mitglieder der betr. Gewerkschaft. Die Beiträge wurden gleich bei der Lohnzahlung einbehalten und damit war, nach einer ~~Ann~~ Ausserrung Tomskis "der Beitritt zur Gewerkschaft tatsächlich zu einer amtlichen Verpflichtung geworden. Die Arbeiter nahmen die Beitragsleistung durch Lohnabzug als einen von oben kommenden Befehl hin, der von ihrem Willen völlig unabhängig war"(Tomski "Grundsätze der gewerksch. Organisations. 69)

Ann. Man findet in der russischen Gewerkschaftsliteratur zuweilen die Behauptung, zwangsweise Mitgliedschaft habe in den russischen Gewerkschaften nie existiert. Richtig ist an dieser Behauptung nur soviel, dass sie niemals gesetzlich statuiert worden ist. Aber ebensowenig ist in den Statuten der Gewerkschaften festgelegt, dass deren Leitung immer in Hand der Bolschewiki liegen müsse, ebensowenig steht in der Verfassung der Sowjetunion geschrieben, dass das politische Leben in Hand der Partei/monopolisiert sei usw. Wer also unter

Berufung auf nichtexistierende gesetzliche Bestimmungen leugnen will, dass die Zwangsgliederschaft bestanden habe, könnte ebensogut leugnen, dass alle politische Macht in den Händen der Bolschewiki sei-weil/dies nicht in der Verfassung steht. Im übrigen ist ja die angeführte Aeuserung Tomskis beweisend genug.

Diese straffe Zentralisation musste naturgemäss die Macht der Zentralvorstände gegenüber den Betriebsräten kolossal verstärken; sie wurden nun finanziell und disziplinarisch ganz von jenen abhängig. Die Macht der Zentralen wuchs alsbald ins ungemessene noch dadurch, dass mit den wachsenden Ernährungsschwierigkeiten die Verteilung der Lebensmittel (Naturallöhne) grossenteils durch die Gewerkschaften erfolgte, so dass Ausschluss aus der Gewerkschaft zugleich schwerste materielle Schädigung des Betroffenen nach sich zog.

Das nächste Resultat diese Zentralisierungsprozesses war also, dass sich nun zwei verschiedene Organisationen gegenüberstanden: auf ~~einer~~ der einen Seite die revolutionären Betriebsräte—die Schöpfung der Februarrevolution; auf der anderen der zentralistisch von oben nach unten geleitete Gewerkschaftsapparat, entstanden nach der Oktoberrevolution. Da beide Organisationen die Produktionskontrolle für sich beanspruchten, war ~~x~~ ein Konflikt unausbleiblich. Parallel zu den zentralisierten Gewerkschaften entwickelte sich nun in der Industrie bald eine zweite sehr umfangreiche und mächtige Bürokratie — die des "Obersten Volkswirtschaftsrats" (abgek.: "OVWR"). Der OVWR sollte ursprünglich eine zentrale Leitung des gesamten Wirtschaftslebens bilden, wurde aber bald auf ein blosses Industrieministerium reduziert. Innerhalb der Industrie machte er bald unbegrenzte Herrschaftsansprüche geltend, nur beschränkt durch die nicht weniger umfangreichen Ansprüche des Gewerkschaftsapparats, der ebenfalls massgebenden Einfluss auf die Leitung der Produktion zu bekommen suchte. Die beständigen Konflikte zwischen diesen beiden bürokratischen Organisationen können uns hier nicht weiter interessieren. Beide Organisationen ~~kön~~ gegenüber aber standen die "Komitees der Arbeiterkontrolle", die sehr wenig "zentralistisch" gesonnen waren und ihrerseits die Kontrolle ihrer jeweiligen Betriebe in der Hand zu halten suchten. Ein Konflikt war unvermeidlich und so beginnt denn wenige Monate, nachdem die "Produktionskontrolle" der Betriebsräte feierlich legalisiert worden war, der gemeinsame Angriff der Industrie- und der Gewerkschaftsbürokratie auf die Arbeiterkontrolle".

Bereits am 22. Dezember 1917 wurde die Arbeiterkontrolle" bei einer wichtigen Eisenbahnlinie (der Murmansk) von den Bolschewiki aufgelöst; anstelle der gewählten Kontrollorgane traten von Verkehrsministerium ernannte Direktoren, gleichzeitig wurde die Bezahlung der Ueberstunden im Eisenbahnerdienst aufgehoben. Im April wurde ~~die Bezahlung~~ diese Massnahme auf alle Eisenbahnen ausgedehnt. Der Berichterstatter des Verkehrsministeriums, der Bolschewiki Nevski begründete diese Massnahme durch Hinweise auf die Allgemeine Desorganisation, die durch die Arbeiterkontrolle im Eisenbahnwesen eingerissen sei. : "Leider betrachten sehr viele Organisationen die Eisenbahnen als ihr Eigentum... Alle herrschenden Verfall mit, und zwar ohne Ausnahme, ob Bolschewiki oder Menschewiki. Dazu kommt die Desorganisation der Bahnen durch die regellose Demonilmachung, die Konterrevolutionäre usw. .Wir müssen eine Organisation schaffen die gegen diese Räubereien einen erbarmungslosen Kampf führen kann... "(Protokoll des IV. WZIK S. 363 f)

Diese Angaben waren ^{nicht} übertrieben; sie entsprachen durchaus den Tatsachen man könnte sie durch viele Beispiele belegen. Wie in den Eisenbahnen, entwickelte sich die "Arbeiterkontrolle" auch in den industriellen Betrieben. Die " ISvestija" das Regierungsblatt der Bolschewiki, zog am 17. April 1918 folgenden Fazit ihrer bisherigen Tätigkeit: "Was hat uns die A.K. bisher genutzt? man muss den Mut haben zuzugeben, dass ihre Resultate nicht immer befriedigend gewesen ~~sind~~ sind. Häufig hat sich nach der Oktoberrevolution anstelle des ehemaligen Betriebs-eigentümer einneuer, ebenso individualistischer und antisozialer

Eigentümer eingenistet. Dieser Eigentümer ist der Kontrollausschuss. Im Dongebiet haben sich die Gruben gegenseitig die Lieferung von Kohle und Eisen auf Kredit verweigert und das Eisen an die Bauern verkauft, ohne sich um die Interessen des Staates zu kümmern. Und dies alles geschieht unter dem Deckmantel der "Arbeiterkontrolle". In vielen Fabriken verlangen die K.A. Staatszuschüsse für ihre Betriebe. Auf Ihren Antrag hin sind zahlreiche Kleinbetriebe verstaatlicht worden, deren technische Rückständigkeit eine schwere Belastung für den Staat bildet.."

In der Tat betrachteten die Kontrollausschüsse die Betriebe vielfach als ihr Eigentum. Die einzelnen Fabriken fuhren fort miteinander zu konkurrieren, man schickte Aufkäufer ins Land und schnappte sich gegenseitig die Rohstoffe weg, deren Ohnehin phantastische Preise damit noch weiter in die Höhe schielten. Von einer planmäßigen Leitung der industriellen Produktion konnte unter diesen Umständen keine Rede sein. Die Kontrollausschüsse selbst bestanden oft aus unförmigen Kollegen von 20-30 Mitgliedern, die ihre Zeit mit endlosen Diskussionen verbrachten, ohne sich zu Massnahmen entschliessen zu können. Die industrielle Produktion drohte sich - ohnehin durch den Krieg schwer angegriffen - ein Chaos aufzulösen. Die Gefahr einer Hungersnot wurde im Frühjahr 1918 akut, umso mehr, als die Ukraine durch die deutschen Generäle von Grossrussland abgeschnitten war. Ende April wurde der entscheidende Schlag gegen die "Arbeiterkontrolle" geführt. Das IV. WZIK, wo die Bolschewiki eine Dreiviertelmehrheit hatten, beschloss, die Leitung der Betriebe den Kontrollausschüssen zu entziehen und bevollmächtigten Direktoren zu übertragen, die mit "diktatorischen Vollmachten ausgestattet" werden sollten, wie Lenin sagte (Werke Bd. XV. S. 201) Sie waren nicht mehr der Belegschaft verantwortlich, sondern lediglich den zentralen Regierungsorganen und konnten nur von diesen ein- oder abgesetzt werden. Ihre Aufgabe sollte sein, in den Betrieben strenge Disziplin wiederherzustellen und die Produktion zu steigern.

Damit war ein halbes Jahr nach der Oktoberrevolution die Macht der 1917 entstandenen Kontrollausschüssen in den Betrieben entscheidend gebrochen worden. Finanziell und disziplinarisch sind sie nun vom Gewerkschaftsapparat abhängig, die Leitung der Betriebe ist ihnen genommen, das Prinzip der Wählbarkeit der Betriebsleitung durch das bürokratische Prinzip der Ernennung von oben ersetzt, in derselben Weise die Verantwortlichkeit der Leitung vor der Belegschaft verdrängt durch die Verantwortlichkeit vor den zentralen Regierungsorganen. Und damit ist die Rolle der Massen in der "Kontrolle und Leitung der Produktion" ausgespielt. Als Hauptaufgabe wurde den Betriebsräten jetzt zugewiesen: Mitarbeit an der Steigerung der Arbeitsleistung und Durchführung der Arbeiterdisziplin. Die Durchführung dieser Verordnung dauerte zwar noch einige Zeit aber Ende 1918 konnte der OVBRR berichten, dass die Organisation der Industrie nach dem zentralistisch-bürokratischen Prinzip jetzt durchgeführt sei, nachdem am 28. Juni 18 die Verstaatlichung der gesamten Industrie verfügt worden war.

Mit dem Dekret vom 29. April 1918 verschwindet die "revolutionär-demokratische Kontrolle der Massen" über die Produktion - d. h. grade jenes Eigentümlichkeit des russischen "Staatskapitalismus", welche nach Lenins ~~Ausführungen~~ Ausführungen diesen von dem "bürokratischen Staatskapitalismus" der kapitalistischen Länder unterscheiden sollte. Im September 1917 hatte Lenin erklärt grade die Massenkontrolle des Proletariats in den X Betrieben sei die sicherste Garantie für rasche Entwicklung der industriellen Produktion, eine Entwicklung, die Russland in kurzer Zeit auf das Niveau der ökonomisch fortgeschrittener Länder des Westens bringen sollte. Jetzt erklärte man umgekehrt diese "Massenkontrolle" als das Haupthindernis für diese Entwicklung. Damals hies es "in Staat und Revolution" und anderwärts)+ Damit die "Spezialisten" die bürgerlichen technischen und administrativen Fachleute besser arbeiten, werden wir sie unter die unmittelbare Kontrolle der Massen stellen.

Jetzt heisst es: damit das Proletariat besser arbeiten lernt, müssen wir es unter die Kontrolle der bürgerlichen Speze, der "diktatorisch bevollmächtigten Direktoren" stellen. Damals hiess es, das Proletariat könne herrschen nur bei freier Entfaltung der "Demokratie der Massen", ihrer unmittelbaren Teilnahme an der Leitung der materiellen Produktion. Jetzt versichert man, dass die Diktatur des Proletariats auch durchführbar sei als "Diktatur einzelner Personen". Aber auf die theoretischen Begründungen dieser ihrer Politik durch die Bolschewiki werden wir nachher eingehen.

Der April 1918 ist der Wendepunkt der X Oktoberrevolution. Mit diesem Zeitpunkt beginnt die Umwandlung des geplanten "demokratisch-revolutionären Staatskapitalismus" in den "bürokratischen Staatskapitalismus", der Proklamierten Diktatur des Proletariats in die Diktatur über das Proletariat. Von hier ab betritt die Oktoberrepublik den Weg der kapitalistischen Entwicklung. Die proletarische Revolution in Russland ist beendet wenn sie überhaupt jemals begonnen hatte.

Die Verwandlung der Gewerkschaften in -wenn auch nicht verfassungsmässige, so doch tatsächliche Staatsorgane war praktisch gleichbedeutend mit der Aufhebung des Koalitionsrechtes. Denn diese Gewerkschaften mit Zwangsmitgliedschaft, die völlig zentralisiert sich in der Hand der Regierungspartei befanden, wo der Arbeiter die Mitgliedschaft als eine Art "amtlicher Verpflichtung" empfand, aber nicht als ein von ihm ausgeübtes Klassenrecht, diese Gewerkschaften konnten ~~eben~~ ebensowenig noch proletarische Kampforganisationen sein, wie die faschistischen Gewerkschaften Mussolinis, die übrigens nach demselben ~~Prinzip~~ Prinzip wie die ~~fasch~~ russischen, aufgebaut sind.

Gleichzeitig mit der Koalitionfreiheit wurde auch deren unveränderlicher Bestandteil, die Streikfreiheit aufgehoben. Bereits im Frühjahr 1918 kam es in manchen Betrieben -so in den grossen Metallwerken von Sormovo, in Moskau und anderswo zu Verhaftungen von Streikenden durch die Bolschewiki, ja sogar zu bewaffneten Zusammenstössen. Auf dem IV. WZIK stellten Martov und andere dies unwidersprochen fest. wenn der Einfluss der Menschewiki bis zur Oktoberrevolution in den Betrieben ziemlich gering gewesen war, so begannen sie jetzt, wo die Konflikte zwischen dem Proletariat und den Bolschewiki zunahm, um so mehr an Boden zu gewinnen. An der Spitze der Streikenden standen nicht selten Menschewiki. Wenn die Bolschewiki diesen jetzt vorwarfen, sie seien die Schrittmacher der Konterrevolution -so antworteten die Menschewiki: Im Gegenteil, wir fordern jetzt alles das, was Ihr im Oktober versprochen habt und was Ihr jetzt vernichtet, die Leitung der Produktion durch die Massen, wirkliche Koalitionsfreiheit, wirkliche Sovjetdemokratie usw. Wir sind die Massenverteidiger der Oktoberdemokratie Ihr wollt den alten Bürokratismus wiederherstellen. Sie wies darauf hin, dass in den Betrieben antisemitische und "schwarzhundertler-"Strömungen zunahm was ein schlagender Beweis für die Erbitterung der Arbeiter gegen das Regime

Die "Schwarze Hundert" war eine reaktionäre chauvinistische Organisation unter dem Zarismus gewesen; zahlreiche Judenprogrome gehen auf ihr Konto. Vergleichbar etwa den Hakenkreuzlern.

der Bolschewiki sei. Die Bolschewiki antworteten schliesslich durch Ausschluss der Menschewiki aus dem WZIK und allen Sovjetorganen (Juni 18)

Um die zunehmenden Streiks also zu unterdrücken, verfügte der WZSPS (Zentralrat der russischen Gewerkschaften) im April 1918: Konflikte zwischen Arbeitnehmern und Betriebsleitungen sind sofort der Gewerkschaftszentrale zur Entscheidung vorzulegen. Falls die Arbeiter sich weigern, sich der Entscheidung der Gewerkschaftsinstanzen zu unterwerfen, sind sie sofort aus der Gewerkschaft auszuschliessen und haben alle sich daraus ergebenden Folgen zutragen "(Bote der Arbeit, Organ des Arbeitsministeriums, 1918 Nr. 5/7) Diese "Folgen" bestanden darin, dass bei den herrschenden System der Zwangsmitgliedschaft der Ausschluss aus der Gewerkschaft die Entlassung aus dem Betriebe nach sich zog, ferner den fortfall der von den Gewerkschaften ausgegebenen Verpflegungsration d.h. Verurteilung zu Arbeitslosigkeit und Hunger.

Wie diese Verfügung durchgeführt wurde, zeigen folgende Berichte der "Iswestia" in einer Versammlung

"In einer Versammlung der Textilarbeiter bestätig~~en~~ diese, dass sie ihren engen Berufsstandpunkt verlassen und fortan nur noch die Interessen des Staats i im Auge haben. Die versammelten Arbeiter erklärten daher die (stattgefundenen) Streiks für verbrecherisch; alle Streikenden werden entlassen und vor Disziplinargerichte gestellt.." (Isv. vom 2. Juli 18) "Da der Ortsverband der Metal- arbeiter in Streik getreten ist und sein Ausschuss keinee Massregeln ergriffen hat, um den Streik zu beend~~en~~, so hat der Bezirksausschuss von Tula befohlen einen neuen Ortsausschuss zu Wählen. Die Streiktage we~~de~~n nicht bezahlt. Eben- so wurde beschlossen, den Arbeitern der Metallwerke in Podolsk die zwei Tage, die sie gestreikt haben, keinen Lohn zu Zahlen" (ISV. vom 11. Juli). Es versteht sich, dass alle diese Massnahmen unter der Firma "Diktatur der Proletariats" ats "gingen.

Dieser Uebergang der Bolschewiki von ihren Losungen der "demokratischen Dikta- tur" zu einer ausgesprochen faschistischen Diktatur über das Proletariats und das binnen eines halben Jahres ist ein um so erstaunliches Faktum, als die Bol- schewiki sich bekanntlich nach wie vor als die revolutionäre Partei des Prole- tariats betrachteten und ihr Regim als Diktatur des Proletariats, und als sie zu dieser Zeit wie bis heute noch gegenüber dem internationalen Proletariats e den Anspruch erheben, die einzigen und wirklichen revolutionären Führer der Arbeiterklasse der ganzen Welt zu sein. Ehe wir also die objektiven Umstände untersuchen, welche diesen Umschwung in der bolschewistischen Politik herbei- führten, wollen wir hören, wie die Bolschewiki selbts ihre Politik rechtfertig~~e~~ tigen.

Man könnte zunächst einwenden, die Gefahr der heraufziehenden Bürgerkrie- ge habe diese "eiserne Disziplin" notwendig gemacht. Aber die Bürgerkriege hatten im April 18 noch garnicht begonnen, zudem haben wir aber gezeigt, dass diese Regime die heute fortbesteht und bis heute von der Oposition bekämpft worden ist. In der Tat wurde ~~so~~ dies System erneut festgelegt und "theoretisch" begründet grade in dem Augenblick, als man nach Beendigung der Bürgerkriege zum "sozialistischen Aufbau" übergehen wollte- auf dem IX. Parteitag im Früh- jahr 1920. In den Resolutionen dieses Parteitages hiess es:

"Das Direktorialsystem (russisch "jedinolitschnoe upravlenie", d.h. " Verwaltung ausgeübt durch eine einzige Person"-nämlich eben einen von oben eingesetzten Direktor anstelle der früheren gewählten "Kollegien") ~~zerstört~~ und beschränkt i in keiner Weise die Rechte der Klasse....weil die Klasse in jeder belieb- gen Form regieren kann, diese Form selbst aber nur von Gründen technischer Zweckmässigkeit abhängt; in allen Fällen ist es die Klasse als ganzes, welche die leitenden und verwaltenden Personen ernennt...Selbst in solchen Fällen, wo ein "Spez" (d.h. ein bürgerlicher Fachmann), Ingenieur oder Verwal- tungsbeamter) die Verwaltung leitet, ist das Direktorialsystem letzten Endes eine Erscheinungsform der proletarischen Diktatur, denn diese bestimmt nicht nur die Art seiner Arbeit, sondern sie stellt ihn auch unter seine Kontrolle in Gestalt der ihm beigegebenen Arbeiterkommissare....Das Direktorialsystem schliesst die Heranziehung der Massen zur Verwaltungsarbeit nicht aus; es begrenzt nur die Funktionen der Verwaltung von dem Erlernen (der Verwaltung) ab; letzteres bildet eine vollkommene getrennte Aufgabe....Die Heranziehung der Massen zur Verwaltung in Gestalt von Dreier- oder Fünfer-Ausschüssen ist daraus unrichtig".

Hier muss man einen Augenblick Atem holen, um den ganzen juristischen Scharf- sinn dieser "Auslegung" des einstigen Revolutionsprogramms aufnehmen zu kön- nen! Weil die Klasse in jeder ~~Form~~ beliebigen Form regieren kann". Es handelt ~~nicht um die Klasse des Proletariats, Drei Jahre zuvor, in seinen berühmten~~ sich um die Klasse des Proletariats. Drei Jahre zuvor, in seinen berühmten Aprilthesen" hatte Lenin bewiesen, -und in Staat und Revolution" und ungezähl- ten anderen Reden und Artikeln während 1917 hat er es wiederholt dass ganz und garnicht "jede beliebige Form" der gesellschaftlichen Organisation für das Proletariat brauchbar ist. Einzig und allein in der Form der revolutionären Sowjetdemokratie" und der Kontrollausschüssen in den Betrieben- hiess es da, kann das Proletariat regieren, weil nur diese Form eine Kontrolle der Massen

über die ausführenden Organe garantiert. Damals behandelte Lenin diese Frage der Regierungsform mit Recht als eine allerprinzipiellste Angelegenheit. Jetzt wird diese prinzipielle Frage zu einer "rein technischen" Sache degradiert "Das Proletariat kann in jeder beliebigen Form regieren", auch in der Form der "persönlichen Diktatur einzelner Personen"!- Aber warum dann nicht auch unter der Form bürgerlicher Demokratie, ja warum nicht unter der Form der Monarchie und monarchistischen Bürokratie?- Und warum dann überhaupt Revolution machen, warum Hunger und Bürgerkriege, wozu die Direktorialssystem und der (persönlichen) Diktatur. Der Wille der Klasse wird manchmal verwirklicht von einem Diktator, der als einzelner oft mehr tut und notwendiger ist" (Werke XVIII 89)

Lenin berief sich hierbei auf seine Broschüre vom April 18. Es ist vollkommen richtig, dass "manchmal" die Herrschaft der Klasse durch ein Diktator durchgeführt wird. Cromwell, der grosse Napoleon und der kleine Napoleon, Bismark, Mussolini, Tschankaischek sind solche Diktatoren. Nur handelt es sich leider in allen diesen Fällen nicht um die Herrschaft des Proletariats sondern der Bourgeoisie. Kleinbürgerliche Revolutionäre wie Robespierre, Babeuf, Blanqui, Stambulinski haben es versucht oder geplant, durch persönliche Diktatur die ökonomische und politische Macht der ausbeutenden Klassen zu brechen, soweit sie an die Macht gelangt sind, haben sie schliesslich gegen ihren Willen doch nur die Wegbereiter der Herrschaft der Bourgeoisie sein können. In allen Revolutionen ist noch immer der Uebergang der Macht von den Massen selbst an einen Diktator das Signal gewesen, dass die Politische Rolle der Massen beendet war; in allen Revolutionen bedeutete dieser Uebergang zur "Diktatur einzelner Personen", dass jenes Zwischenstadium erreicht war, auf welches dann die direkte, unmittelbare Herrschaft der Bourgeoisie als Klasse gefolgt ist. Wo aber hätte man jemals gehört, dass die Diktatur des Proletariats "gleichbedeutend sei mit der Herrschaft eines einzelnen "Diktators"?

Lenin begründet seine Forderung der "Persönlichen Diktatur" mit der Notwendigkeit staatlichen Zwanges auch nach der Machteroberung. Nun, kein Marxist bezweifelt, dass die "Diktatur des Proletariats" Gewalt ist -nämlich gegen die gestürzte Bourgeoisie; aber sie ist zugleich eine "höhere Form der Demokratie"- nämlich für das Proletariat. Aber hier handelte es sich ja Garnicht um die Bourgeoisie. Die Bourgeoisie war geschlagen, die Produktionsmittel waren nationalisiert, ihre ehemaligen Besitzer tot, geflohen, verhaftet, des politischen Wahrechtes beraubt; nein, nein es handelt sich um das Proletariat. Es handelt sich um wie die Resolution, die Lenin mit seiner Rede verteidigte-jazur Genüge ausspricht um Massnahmen, die zur Steigerung der Industriellen Produktion getroffen werden sollten, es handelt sich um die Anwendung des Direktorialsystems, um die Einsetzung "bevollmächtigter Diktatoren" gegen das Proletariat- Die Opposition hatte diese Politik angegriffen, sie hatte diesem Programm des Zentralkomitees das Programm des Oktober entgegengehalten. Die Resolution machte Ausflüchte, sie vertuschte den wahren Charakter dieser Politik, indem sie die Einführung des Direktorialsystems als "bloss technische Frage bezeichnete. Die Opposition liess sich auf diesen Schwindel nicht ein- sie erklärte, dass es sich um eine politische Frage handle, um die Grundfrage der proletarischen Diktatur. So in die Enge getrieben bekannte Lenin offen:jawohl es ist eine politische Frage;jawohl wir führen die "Diktatur des Proletariats" durch vermittelst der "Diktatur einzelner Personen".

~~xxx~~ Dies war die nochmalige feierliche Bankrotterklärung des Oktoberprogramms der Sowjetdemokratie.

Denselben liquidatorischen Charakter tragen natürlich alle einzelnen Bestimmungen dieser denkwürdigen Resolution:Auch wo ein bürgerlicher Spez mit diktatorischen Vollmachten begleitet-die Verwaltung führe, sei das Direktorialsystem eine "Erscheinungsform der proletarischen Diktatur", denn diese Diktatur stelle den Spez an seinen Platz und kontrolliere ihn" durch

beigegebene Arbeiterkommissare"! In allen Fällen ist es die Klasse als Ganzes, welche die leitenden und verwaltenden Personen ernennet". Es gibt offenbar nur eine Form, in der die Klasse als Ganzes die leitenden gesellschaftlichen Funktionäre ernennen kann: dies ist die Wahl aller gesellschaftlichen Funktionäre durch das Proletariat, mit voller Verantwortlichkeit der ersteren vor den Massen und ständiger Abberufbarkeit von ihrem Posten. Aber die Revolution beseitigt ja gerade diese Form, sie vernichtet das Recht der Belegschaften, die Produktionsleitung zu wählen, bzw. sie sanktioniert nochmals die schon vor zwei Jahren erfolgte Aufhebung dieses Rechtes. In Wirklichkeit lag das Recht der Ernennung ausschliesslich in den Händen dreier Organisationen des ZK der Partei, oder genauer -des Politbüro; des Präsidium des OVWR und des Präsidium des WZSPZ--alles in allem etwa zwei dutzend Leute; davon waren OVWR und WZSPZ nur dem ZK, das ZK formell zwar dem Parteitag, faktisch aber wie immer in derartigen zentralistischen Parteien-niemanden verantwortlich. Zwei dutzend Leute repräsentieren somit die "ganze Klasse" -zwei dutzend Leute von 2 Millionen Arbeitern--darauf ist inzwischen die "höchste Form der Demokratie" zusammengeschrumpft. Diese zwei dutzend Leute konnten "im Namen der ganzen Klasse" sprechen nur etwa mit demselben Recht, wie eine beliebige Bourgeoisregierung sich als "Volksregierung" ausgeben kann, weil vielleicht in der Verfassung die Eingangssphäre steht "Die Staatsgewalt geht vom Volke aus". Was die "beigegebenen Arbeiterkommissare" betrifft, so wurden sie ebensowenig von der "ganzen Klasse ernannt" wie die Spez-Direktoren selbst. Es waren Gewerkschaftsbeamte, die von der Partei- und Gewerkschaftsbürokratie kommandiert wurden und nur dieser, nicht aber der Belegschaft verantwortlich waren. "Das Direktorialsystem schliesst die Heranziehung der Massen zur Verwaltungsarbeit nicht aus; es trennt nur die eigentlichen Funktionen der Verwaltung selbst vom Erlernen der Verwaltung, letzteres bildet eine vollkommen getrennte Aufgabe". Es ist eine für jeden Marxisten selbstverständliche Wahrheit, dass das Proletariat die politische und ökonomische Leitung der Gesellschaft "erlernen" kann nur indem es selbst in seiner Masse an der unmittelbaren Verwaltungsarbeit beteiligt. Bekanntlich war dies auch die Auffassung, die Marx und Engels von der "Diktatur des Proletariats" hatten; bekanntlich hat auch Lenin vor der Oktoberrevolution diese Auffassung immer vertreten. Jetzt erfährt man, dass beides "vollkommen getrennte Aufgaben" seien. Auch über diesen Punkt gab es auf dem IX Parteitag eine grosse Diskussion. Die Opposition erinnerte an die Oktoberforderungen der Sowjetdemokratie. Trotzki indessen, der im Auftrage des ZK über die Formen des "Sozialistischen Aufbaues" referierte, entgegnete kurz und kühl: "Wer in die Schule gehen will (d.h. wer das Verwalten erst lernen will) der mag in die Schule gehen, in Spezialkurse für Verwaltung usw.; wer aber verwalten soll, der darf nicht mehr erst in die Schule gehen"... "Wenn die Arbeiter ein Interesse daran haben die Verwaltung zu erlernen, so kann man dies ja befriedigen durch ständige Vorträge der Betriebsleitung vor den Arbeitern, Besprechungen über die Lage des Betriebes usw."

Also belehrende Vorträge und Volkshochschulen--das war die Verwirklichung des revolutionären Programms der "Verwaltung durch die Massen selbst"

Indessen -es gab noch eine Lücke in dieser eigenartigen "Diktatur des Proletariats": würden sich die Arbeiter diesem Diktatorsystem fügen? Die meisten russischen Arbeiter waren und sind heute noch mit der Landwirtschaft verbunden, es sind grossen teiles halbe Bauern, die die Industrielle Arbeit nur als Nebenerwerb neben der Landwirtschaft betrachten. Vielfach kommt es vor dass sie massenhaft aus der Industrie abwandern, um wieder im Dorfe, in den Bauernwirtschaften oder dem kleinen Dorfhandwerk unterzutauchen. Es bestand die Gefahr, dass die Arbeiter auf dieses System der "eisernen Disziplin" mit Massenabwanderung antworten würden.

Der IX. Parteitag schloss auch diese Lücke. In seinem grossen Referat über den "sozialistischen Aufbau" entwickelte Trotzki folgendes Programm der "Militarisierung der Arbeit": Unter dem Kapitalismus wird der Arbeitsmarkt bestimmt durch Angebot und Nachfrage... Heute aber (d.h. im russischen Staatskapitalis-